

Auf die neuen Vorsitzenden der SPD wartet eine Herkulesaufgabe

Das Ringen um die Führung der SPD ist beendet: „Das Risiko als Chance“, FR-Meinung vom 2. Dezember

Die SPD muss unser Vertrauen zurückgewinnen

Sicher werden viele politisch interessierte Bürgern, und nicht nur SPD-Mitglieder, meine Meinung teilen, dass die Wahl von Esken und Walter-Borjans dieser Partei vielleicht das letzte Mal für das nächste Jahrzehnt die Chance gibt, wieder eine mitbestimmende Volkspartei zu werden. Das wird allerdings nur gelingen, wenn dem neuen Vorstand ein umfassender Wandel der Verhältnisse gelingt, die uns Bürger immer weiter von unseren Volksvertretern entfernt haben. Dazu muss eine grundlegend neue Politik beginnen.

Ein gerechteres Steuersystem, d.h. weniger Steuern für kleine und höhere für hohe Einkommen, eine Vermögenssteuer, gleiche Besteuerung und Sozialversicherung für alle Einkommen, Mindestlohn 12 Euro mit Indexierung, Mindestrente von 1200 Euro, höhere Investitionen in Klimawandel und Bildung. Eine ganze Anzahl weiterer Vorhaben warten. Wichtig ist, mit Maßnahmen zu beginnen, die uns Bürgern wieder das Gefühl geben, dass nicht die schwarze Null und die Interessen einer konsumfixierten Wirtschaft, sondern das Wohl aller Bürger Ziel unserer Politiker ist. Angesichts der Macht der Lobbyindustrie, des Beharrens der Abgeordneten und vieler Politiker auf ihren Privilegien und dem Desinteresse zu vieler Bürger an der Politik ist das schon eine Art Herkulesaufgabe. Ich wünsche mir dennoch, dass es dem Führungsteam gelingt, unser Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Das würde nicht nur ihrem eigenen Selbstverständnis, sondern auch künftigen Wahlergebnissen zugutekommen.

Eine Bemerkung noch zum Einwand: Wer soll das alles bezahlen? Wir sind eines der wohlhabendsten und wirtschafts-stärksten Länder der Welt. Geld ist genug da. Wir müssen es nur mobilisieren. Schon vor dreißig Jahren hat der Club of Rome gefordert, dass die am höchsten entwickelten Länder mit den notwendigen Änderungen beginnen



Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans nach der Bekanntgabe des Ergebnisses.

DPA

müssen. Diese Forderung ist heute aktueller denn je.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Ein Stück weiter auf dem Weg zur Selbstzerstörung

Nach vielen Jahren der Selbstverstümmelung in der SPD ist es nun vielen suizidal veranlagten Masochisten endlich gelungen, ihre Partei wieder ein großes Stück voranzubringen – in Richtung endgültiger Selbstzerstörung. Die krude Mischung aus krasser Ahnungslosigkeit und schier grenzenloser Überheblichkeit, die eine völlig unerfahrene Saskia Esken zeigt, lässt selbst einem ruhig argumentierenden und um Sachlichkeit bemühten Walter-Borjans kaum eine reelle Chance, die sichtbar gewordene Spaltung der SPD zu überwinden. Der Sinn dieser für die SPD neuen Doppelspitze kann nicht sein, dass der Vorstand nun auch offiziell mit (mehr als?) zwei Zungen sprechen darf. Beide designierten Parteivorsitzenden sollten vielleicht die Gräber verdienter Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, „Schorsch“ Leber, Johannes Rau und Erhard Eppler besuchen und dort deren heftige Rotationsbewegungen wahrnehmen, sie könnten dann ihrer siechen Partei einen großen Dienst erweisen und noch vor

dem Parteitag zurücktreten.

Olaf Scholz müsste über den Ausgang des Mitgliedervotums sehr erleichtert sein, denn er hatte viele Wochen lang überzeugend argumentiert, ihm seien die gleichzeitige Wahrnehmung der Aufgaben eines Vizekanzlers, Finanzministers und Parteivorsitzenden zu viel; nun haben seine Parteigenossen diese Einschätzung bestätigt, und vermutlich werden ihm sehr bald auch andere Lasten abgenommen.

114 995 Menschen bestimmten nicht nur über die SPD-Vorsitzenden, sondern – zumindest indirekt – über den Fortbestand der Bundesregierung und letztlich über die künftige Politik für 81 Millionen in Deutschland. Da möchte man verzweifeln über diese unglückliche Entscheidung zum Wahlverfahren (ja, es war tatsächlich „verfahren“), denn die potenziellen Folgen sind in ihrer Tragweite noch gar nicht absehbar. Ist es sehr demokratisch, wenn sich die Abstimmung von lediglich 0,14 Prozent der Einwohner auf die Geschicke eines ganzen Landes massiv auswirken können?

Eventuell müsste man zur Rettung der SPD überlegen, ob nicht etwas wie eine (Stimmen-)Grundsicherung und eine „Respekt(stimmen)rente“ aufgrund der Lebensleistung dieser

Partei eingeführt werden könnte, um sie vor Alters(stimmen)armut zu bewahren. Sonst würden nach der nächsten Wahl vielleicht Bundeskanzler Brinkhaus und Vizekanzlerin Baerbock unabhängig voneinander bedauern, dass die SPD an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist. Björn Höcke, der Führer der größten Oppositionspartei, wird betonen, dass das Soziale und das Demokratische sowieso in seiner „bürgerlichen Partei der Mitte“ originär verankert sei. Armes Deutschland!

Eberhard Pfeuffer, Rüsselsheim

Die Spitze hat den Kontakt zur Parteibasis verloren

Auffällig ist, wie sehr sich nicht nur die Medien bei den Vorhersagen über den Mitgliederentscheid über die neue SPD-Parteispitze geirrt haben, sondern auch das gesamte Partei-Establishment mit ihren Bekundungen für Olaf Scholz. Nicht nur Heiko Maas und Hubertus Heil haben sich vor schnell positioniert und negativ über das überraschend siegreiche Kandidatenduo geäußert, so dass sie nun das Problem haben, glaubwürdig solidarisch mit ihren ungeliebten künftigen Vorsitzenden zusammenzuarbeiten. Es zeigt auch, wie stark die Parteiführung offensichtlich den Kon-

takt zur Parteibasis verloren hat und geglaubt hat, man könne mit Olaf Scholz ungestört in der GroKo weiterarbeiten – ohne wahrzunehmen, dass die SPD in den Ländern und Kommunen kontinuierlich Wahlen verliert und als Partei zerbröckelt.

Meine Erfahrungen mit 45 Jahren SPD-Mitgliedschaft lässt mich leider prognostizieren, dass die Parteirechte den überraschend gewählten Walter-Borjans/Esken schon beim kommenden Parteitag ein schlechtes Wahlergebnis bescheren und alles daran setzen wird, das künftige Führungsduo bald wieder loszuwerden. Die Parteilinke hätte mit der Faust in der Tasche Olaf Scholz gewählt, von der Parteirechten erwarte ich nicht mehr, dass sie über so viel Charakter und Solidarität verfügt.“

Heiko Winkel-Rienhoff, Westerau

Hoffentlich wissen die Neuen, was links ist

Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wollen die SPD nach „links“ verschieben. Bleibt zu hoffen, dass sie wissen, was links (nämlich sozialdemokratisch) wirklich bedeutet: keine Gespräche mit Lobbyisten (die nur die Interessen der Reichen durchsetzen wollen). Daraus ergibt sich zwanglos: Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Dies stärkt die Demokratie, weil dann rationale Entscheidungen für die Menschen getroffen werden können, nicht mehr für die Reichen.

Walter-Borjans und Esken und ihre SPD versagen, wenn (was man messen kann!) die Reichen reicher und alle anderen ärmer werden. Und sie versagen, wenn sie sich ausschließlich für Deutsche und nicht für Menschen einsetzen. Jedes unnötige Gramm zu viel Treibhausgas, das die SPD mitverantwortet, jede in ein Bürgerkriegsgebiet verkaufte Patrone, jeder in ein Folterlager zurückgeschickte Flüchtling, jeder einzelne im Mittelmeer nicht gerettete Schiffbrüchige lässt auch das Schiff SPD kentern. Politik ist messbar!

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Diskussion: frblog.de/spd-spitze

Hinter dem Wutbürgertum der AfD verbirgt sich Rechtsextremismus

Zu: „Was nicht mehr geht“, Gastbeitrag von Michel Friedman, FR-Tagesthema vom 30. November

Ich kann die Sorge vor „Überfremdung“ nicht teilen

Als 79-Jähriger, der gerade nach zwei Monaten Krankenhaus nach Hause entlassen wurde, möchte ich meine Erfahrungen zu der Diskussion beisteuern. Ich wurde fast rund um die Uhr von engagierten Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund betreut, von „Gastarbeiterinnen“, integrierten Flüchtlingen der verschiedenen Wellen aus Afghanistan, der ehemaligen Sowjetunion, Afrika und dem Vorderen Orient. Ohne sie ist unser Gesundheitssystem nicht aufrecht zu erhalten. Ähnliche Erfahrungen mache ich, wenn ich mit öffentlichen Bussen fahre oder Handwerker brauche.

Ich kann die Sorgen, die sich manche Mitbürger wegen einer „Überfremdung“ machen, absolut nicht teilen.

Gerd Wild, Frankfurt

Wir dürfen diese Partei nicht länger verharmlosen

Herr Friedman spricht mir aus der Seele. Wir müssen diese zutiefst antidemokratische Partei und auch deren Wähler ernst nehmen und sie nicht verharmlosen. Sie sind Faschisten, Feinde der Menschenwürde, Fremdenfeinde. Die Wähler dieser Partei dürfen sich nicht mehr hinter Enttäuschung und Wutbürgertum verstecken. Wir müssen aussprechen, was sie sind, nämlich Rechtsextremisten.

Raymund Kern, Korbach

Der Feind der Demokratie steht wieder einmal rechts

Ich kann den Gastbeitrag von Michel Friedman nur voll und ganz unterstützen und seine Erwartung, dass auf dem AfD-Parteitag von Braunschweig den „Flügel“ von Björn Höcke seinen Einfluss ausweiten wird und die Radikalisierung der braunen Demokratiefeinde sich weiter fortsetzen wird, hat sich in Gänze bestätigt. So ist die Wahl Tino Chrupallas als Ko-Chef der AfD der schlagende Beweis für den Einfluss, den der „Flügel“ um Björn Höcke in dieser Partei hat, die eigentlich keine Partei ist, sondern mehr eine gegen gesellschaftliche Minderheiten gerichtete kriminelle Vereinigung

darstellt. Mit der Verharmlosung als Wutbürger oder Protestwähler muss angesichts der zunehmenden Radikalisierung der AfD endlich Schluss sein. Die AfD bedroht diese Demokratie in einem Maße, wie wir es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie erlebt haben, denn sie hat in großen Bevölkerungsteilen eine geistige Basis. Der Ungeist, den die AfD verbreitet, entspricht dem deutschen Faschismus und dem von ihm zu verantwortenden größten Menschheitsverbrechen. Mit allen legalen Mitteln muss daher die braune Soße, die von Parteigängern, aber auch Wählern dieser Vereinigung unter Volk gegossen wird, bekämpft werden. Die Statik dieser Demokratie, wie Friedman zu Recht

schreibt, ist einer nie da gewesen Belastung ausgesetzt und der Feind der Demokratie, der Republik, steht wieder einmal rechts.

Manfred Kirsch, Neuwied

Wegschauen und weghören geht nicht mehr

Herzlichen Dank für ihren Gastbeitrag von Michel Friedmann. Er bringt es auf den Punkt. Wegschauen und weghören geht nicht mehr! Wir sollten mutiger werden und hinter Personen stehen, die in den Fokus des Pöbels geraten und bedroht werden. Herzliche Grüße und bitte weiter so!

Roswitha Burkard, Karben

Diskussion: frblog.de/afd-2